

Die „Volkswehr“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntagen und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf., Postzeitungsliste Nr. 7746.

Volkswehr

Einzelnummern sind für die einspaltige Beilage oder deren Raum 20 Pfennige, für Vorder- und Beilagenzusätze 10 Pfennige. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werkhätige Bevölkerung. Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Nr. 130.

Dienstag, den 7. Juni 1898.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Die Parteien und das Wahlrecht.

II.

Das Centrum, bis jetzt die ausschlaggebende Partei im Reichstage, bekennet sich allerdings zu der Forderung der Erhaltung des Reichstagswahlrechts, aber ohne daß diese Forderung in seinem Programm direct und unumwunden erhoben wird. Es ist da nur die Rede von „Aufrechterhaltung und organischer Fortbildung verfassungsmäßigen Rechtes“, von der „Bewahrung des verfassungsmäßigen Grundcharakters des Deutschen Reichs“. Zu den verfassungsmäßigen Rechten gehört das Reichstagswahlrecht. Daß das Centrum für dieses eintritt, erklärt sich nicht sowohl aus seinen Grundsätzen, als aus tactischen, parteipolitischen Rücksichten. Durch dieses Wahlrecht ist das Centrum als verfolgte Partei das geworden, was es ist. Es hat mit Waffen von Arbeitern und sonstigen „kleinen Leuten“ zu rechnen und kann deshalb dieses Wahlrecht nicht entbehren; sein politisches Interesse zwingt es, für dasselbe einzutreten. Wirkliche Freunde und grundsätzliche Vertheidiger des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts sind die oberen Centrumsfraktionen nie gewesen. In der Frage, dieses Wahlrecht für die preussischen Landtagswahlen einzuführen, haben sie sich einer sehr zurückhaltenden Politik befleißigt. Der Geist, der dem Ultramontanismus eigen ist, war von jeher ein entschiedener Feind der politischen Gleichheit; die Ungleichheit, die Standes- und Klassenherrschaft, ist ihm ein Theil der „von Gott gewollten Ordnung“. Er findet sich mit demokratischen Forderungen und Einrichtungen ab; er braucht sie, so lange es ihm Vortheil bringen kann, aber er wird nie ihr Verfechter aus Grundsatz in Rücksicht auf die Rechte und Freiheiten des Volkes.

Mäßlos jämmerlich ist die Entwicklung, die der Nationalliberalismus in der Frage des Wahlrechts genommen hat. Prählend verkündete die nationalliberale Fraktion des constituirenden Norddeutschen Reichstages in einem Aufruf an die Wähler vom 12. Juni 1867: „Das allgemeine, gleiche, geheime und directe Wahlrecht ist unter unserer Mitwirkung zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht. . . Am Volke liegt es jetzt, für die Reinheit der Wahlen einzutreten“. Das Volk hat das nicht gethan, d. h. es entzog sich mehr und mehr der politischen Vormundhaftigkeit des Nationalliberalismus. Da ging die „Begeisterung“ desselben für dieses Wahlrecht schnell in die Brüche. Im nationalliberalen Parteiprogramm vom 29. Mai 1881 wird jener Grundlage des öffentlichen Lebens nicht mehr Erwähnung gethan. Dann, unter dem Eindruck des Niederganges der Partei, wurde in der Heidelberger Erklärung von 1884 gesagt, daß die Partei eintrete für die „Aufrechterhaltung des allgemeinen Stimmrechts“. Und 12 Jahre später, im October 1896, lehnt der Delegirtenstag der nationalliberalen Partei eine Resolution für Aufrechterhaltung des Reichstagswahlrechts mit mehr als Zweidrittelmajorität ab. Die Ablehnung erfolgte unter der heuchlerischen Begründung, daß eine andere angenommene Resolution für „volle Wahrung der constitutionellen Rechte“ diese Aufrechterhaltung schon in sich begreife!

Die freisinnigen Parteien bekennen sich in ihren Programmen als Vertheidiger des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts für den Reichstag.

Die freisinnige Volkspartei fordert (Programm vom 24. September 1894) außer der Erhaltung dieses Rechtes die Ausdehnung desselben auf die Landtagswahlen der Einzelstaaten. Es läßt sich aber nicht sagen, daß die Partei in dieser Richtung einen besonderen Eifer entfaltet hat. Und das Verhalten selber freisinniger Parteien bei der Frage des Gemeindevahlrechts läßt dieselben erst recht nicht als grundsätzliche Freunde des gleichen Wahlrechts erscheinen.

Im Programm der deutschen Volkspartei (demokratische) vom 21. September 1895 ist die Forderung enthalten: „Allgemeines, gleiches, directes und geheimes Wahlrecht für alle Vertretungen in Reich, Staat und Gemeinde unter Berücksichtigung der Widerstände; Sicherung der Wahlfreiheit. Kurze Legislaturperioden, gerechte Wahlkreis-Eintheilung, Diäten für die Abgeordneten.“

Diese Forderungen decken sich im Wesentlichen, mit denen, welche die socialdemokratische Partei stets in ihrem Programm erhoben und geraume Zeit hindurch allein vertreten hat.

Die von Lassalle ins Leben gerufene socialdemokratische Propaganda ging bekanntlich von der Forderung: „Herstellung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts“ aus. Das war die Parole, mit welcher der Allgemeine deutsche Arbeiterverein den Kampf gegen Reaction und bürgerliche Parteien aufnahm. Vor den Wahlen zum constituirenden Reichstage (1867) veröffentlichte diese, die Anfänge der socialdemokratischen Partei darstellende Organisation, ein Programm, in welchem es u. A. hieß: Einführung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung im ganzen deutschen Vaterlande.“

Im sogenannten Eisenacher Programm von 1868 war als die nächste der von der Socialdemokratischen Arbeiterpartei zu erhebenden Forderungen angegeben: „Ertheilung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.“

Das die zwei socialdemokratischen Richtungen (Lassalleaner und Eisenacher) vereinigte Programm von 1875 fügte diesen Forderungen, welche als die „Grundlagen des Staates“ betreffend bezeichnet wurden, hinzu: „Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Feiertag sein.“

Nach dem Falle des Socialistengesetzes wurde ein neues Programm für die Socialdemokratische Partei Deutschlands geschaffen (Erfurt 1891), das noch Geltung hat. Darin sind als die nächsten Forderungen zwecks Verwirklichung der socialdemokratischen Grundsätze angegeben: „Allgemeines, gleiches, directes Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für die Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Legislaturperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter.“

Wie die deutsche Socialdemokratie auf dem Boden des constitutionellen Staatswesens die erste Partei war, die, im Gegensatz zu allen bürgerlichen Par-

teien, für die Einführung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts gekämpft hat, so kämpft sie für dessen Erhaltung und, was nicht minder wichtig ist, für dessen Ausgestaltung und Sicherstellung in wahrhaft demokratischem Geiste energisch, unverdrossen wie keine andere Partei, die zu diesem Wohlrecht sich bekennet.

Die Erstarkung der Socialdemokratie zur ausschlaggebenden Partei im Reichstage ist dem Volke die sicherste Gewähr dafür, daß ihm eines seiner wichtigsten politischen Grundrechte nicht nur erhalten bleibt, sondern die Entwicklung nimmt, die es nehmen muß, wenn da zur Geltung kommen soll der alte demokratische Grundsatz: „Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz!“

Gottes Segen bei Sohn.

Von einem ihr als zuverlässig bekannten Gewährsmanne wird der „Leipz. Volksztg.“ aus Berlin geschrieben:

In einflussreichen Colonialkreisen, die sich durch ihren Wasserpatriotismus wie durch ihre Rücksichtlichkeit besonders auszeichnen, wird ein neuer Plan zur Förderung überseeischer Zwecke lebhaft erörtert. Es wäre schon jetzt ausgeführt worden, wenn man es nicht vorzöge, die Reichstagswahlen erst vorübergehen zu lassen, ohne die Opposition mit neuem Agitationsstoffe zu versehen.

Es handelt sich um eine neue Auflage der famosen Antisklaverei-Lotterie. Zu Nug und Frommen der Colonialpolitik soll nach dem Muster der bereits veranstalteten Loyalitätslotterien (Schloßfreiheit, Antisklaverei) das Glücksspiel des Lottos für die Colonialfrömmigkeit in Betrieb gesetzt werden.

Warum sollen die Weltpolitiker nicht hazardiren? Ihre Absichten sind ja so edel, die Lotterie ist eine moralische Staatsanleihe, ein Gültnerwerk ersten Ranges, weit nützlicher als der Arbeiterschutz und das Coalitionsrecht sammt dem Wahlrecht. Die Lotterienpartisanen suchen ihr Glück im Lott mit der Devise: Gottes Segen bei Sohn!

Wir werden nicht erstaunt sein, meint die „Volkszeitung“, wenn nach berühmten Mustern diese Lotterienelbung wird dementirt werden. Denn sie ist unumstößlich richtig.

Geht Onkel Chlodwig oder bleibt er? Das häufige Frage- und Antwortspiel, das unsere Politiker schon so oft beschäftigt, nimmt nach einiger Unterbrechung wieder seinen Anfang. In der „Nordd. Allg. Ztg.“ lesen wir heute: „Die vom Pariser „Figaro“ gegebene Nachricht, wonach der Herr Reichszanzler aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung zu nehmen beabsichtigt, entbehrt jeglicher Begründung.“ — Wir haben dies vor den Wahlen nie bezweifelt. Was nach den Wahlen wird, ist eine andere Frage.

Vom groben Unfug.

Mit richterlicher Genehmigung — hoch die internationale, revolutionäre, völkerbefreie Socialdemokratie! Wenn man in Sachsen ein Hoch auf die Socialdemokratie, und wäre es auch in einer von vorabereit als solche gekennzeichneten socialdemokratischen Versammlung, ausbringt, bekommt man Gelegenheit hinter Schloß und Riegel darüber nachzudenken, was „grober Unfug“ bedeutet und zu welchem Zweck er erfunden worden ist. Ist es sonst Niemand, so ist es der Polizeibeamte, der ungebunden in unsere Versammlungen kommt und dann

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola. Uebersetzt von Dr. S. Rosé. (In Buchform erschienen bei S. Grunewald & Co., Berlin.)

52)

Nachdruck verboten.

VIII.

Das ganze Stadtviertel sprach jetzt nur von der großen Straße, die unter den Namen Rue du Dix-Décembre von der neuen Oper zur Börse führen sollte. Am meisten erregten das Stadtviertel die Arbeiten, die das „Glück der Damen“ vornehmen ließ. Man sprach von bedeutenden Vergrößerungen, von riesigen Läden, welche in der Rue de la Michodière, der Rue Neuve-Saint-Augustin und der Rue Monfisi entstehen sollten, und erzählte sich, daß Mouret mit Baron Hartmann einen Vertrag geschlossen habe, demzufolge er die ganze Häuserreihe mit Ausnahme der Front in der künftigen Rue du Dix-Décembre erhalte, in der Baron Hartmann dem Grand-Hôtel einen Concurrenzbau errichten wolle.

Als Denise sich am folgenden Tage mit Pépé zum Onkel Baudu begab, fand sie die Straße durch eine Reihe Wagen gesperrt, die vor dem alten Hotel Duvalard Vansteins abstanden. Baudu, der auf der Schwelle seines Ladens stand, rief ihr zu:

— Nehmt Euch in Acht! Sie werden Euch noch überfahren!

An der Kasse saßen Frau Baudu und Geneviève, starr, bleich und regungslos.

— Guten Abend, Tante, sagte Denise. Ich freue mich, Dich wieder zu sehen, und bitte Dich um Verzeihung, wenn ich Dich betrübt habe.

Frau Baudu u. a. sagte Denise tief bewegt.

— Mein armes Kind, sprach sie, wenn ich sonst keinen Sommer hätte, wärdest Du mich heiterer sehen.

— Guten Abend, Cousine! sagte Denise und küßte Geneviève auf die Wangen.

Diese fuhr wie aus einem Traumempor und fand keine Worte.

Beide Frauen beschäftigten sich dema mit Pépé, der ihnen seine Kermchen entgegenstreckte, und die Verschönerung war vollständig.

— Vorwärts! Gehen wir zu Tisch! wiederholte der Onkel. Und indem er sich nach dem Hintergrund des Ladens wandte, sagte er hinzu: Colomban, Sie können zugleich mit uns essen. Es wird Niemand kommen.

Denise hatte den Commis bisher nicht bemerkt. Die Tante erklärte ihr, daß sie den andern Verkäufer und das Ladenmädchen entlassen wußten. Der Geschäftsgang war ein so schlechter geworden, daß Colomban genöthigt, und auch jetzt noch war er oft Stunden lang unbeschäftigt. Im Speisezimmer brannte das Gas, obgleich man in den langen Sommer-tagen war. Denise überließ ein leiser Schauer, durch die Feindseligkeit hervorgerufen, die von den Wänden kam. Da war auch noch der runde Tisch von ehemals, und durch das Fenster drang aus dem kleinen Hof nicht nur Licht und Luft, sondern auch ein abler Geruch herein.

— Vater, sagte Geneviève, die sich vor Denise gesetzte, wollen Sie, das ich das Fenster schließe? Es riecht nicht gut.

Er rief nichts. Er staunte über ihre Worte.

— Schließen Sie das Fenster, wenn es Dir Spaß macht, sagte er endlich. Wir werden aber dann die frische Luft entbehren müssen.

In der That, man erstarrte dann fast vor Hitze. Es war ein einfacher Familien-Mittagstisch. Auch der Suppe kam der Onkel sofort auf die Leute da drüben zu sprechen. Er redete sich immer mehr in seinen Jura hinein.

— Ich doch, unterbrach ihn Madame Baudu, die besorgt wurde, als sie ihn so erregt werden sah.

— Laß mich, ich will, daß meine Nichte meine Ansichten genau lernen lernt. . . Sieh diese Weiden an! fuhr er fort und wies mit dem Messer auf Colomban und Geneviève. Frage sie, ob sie Dein „Glück der Damen“ lieben!

Auf ihren gewohnten Plätzen, auf denen sie sich nun bereits seit zwölf Jahren zweimal täglich trafen, saßen Colomban und Geneviève neben einander. Sie hatten noch kein Wort gesprochen.

— Das letzte Jahr hat uns viel Unglück gebracht, erklärte der Onkel. Wir mußten ihre Hochzeit verschieben. . . Frage sie, wie sie über Deine Freunde denken!

Um ihn zufrieden zu stellen, frag Denise die beiden jungen Leute.

— Ich kann sie nicht lieben, Cousine, erwiderte Geneviève. Doch beruhige Dich! Nicht von allen werden sie verabschiedet.

Und sie sah Colomban an, der gebirnenvoll Brotkrümelchen rollte. Als er die Wände des jungen Mädchens auf sich ruhen sah, stieß er häufig die Worte hervor:

— Eine schmutzige Budide! . . . Die Säuen so große Schätze wie die Madonnen! Kurz, eine wahre Pest für das Stadtviertel!

— Höör! Du ihn! Höör! Du ihn! rief Baudu entsetzt. Ja, den werden Sie nie saugen! . . . Ja, Du bist der letzte von der guten Gattung. . . Sie wie Du werden nicht mehr geboren!

Geneviève aber, in deren Gesicht sich Strenge und Schmerz entzogen, verwandte keinen Blick von Colomban. Sie schien auf dem Grunde seines Jergens lesen zu wollen, und er wurde verwirrt und abgelenkt sich in Schimpfen gegen das „Glück der Damen“. Madame Baudu sah beide still an

„Mergerniß“ nimmt — wir haben dann nach § 260 Ziffer 11 fünfzehn Tage Haft durchzumachen. In anderen Orten fassen aber deutsche Richter die Sache immerhin doch noch anders auf. Am 18. März dieses Jahres wurde in einer öffentlichen Volksversammlung zu Friederichsberg in Preußen ein Hoch auf die „internationale, revolutionäre, völkervereinende Socialdemokratie“ ausgebracht. Die Polizei nahm Mergerniß daran und erließ ein Strafmandat über 30 Mk. wegen „groben Unfugs“. Auf eingelegte Berufung hatte das Schöffengericht zu entscheiden. Der Angeklagte erklärte, wer in eine socialdemokratische Versammlung komme, könne von einem Hoch auf die Socialdemokratie ebensowenig überrascht sein, als wenn etwa die Ultramontanen den Papst hochleben lassen. Nun wies die folgende Verurteilung ab:

„Der Zeuge, ein Genarr, wird vernommen. Er schildert den Vorfall wie angegeben. Amtsanwalt: Worin liegt denn da grober Unfug? — Zeuge: Das Kammergericht oder Reichsgericht hat, soviel ich weiß, in ähnlichen Fällen so erkannt. — Amtsanwalt: Ich beantrage Freisprechung. — Angeklagter: Dem schließe ich mich an. — Der Gerichtshof: Angeklagter ist von Strafe und Kosten freizusprechen. Grober Unfug kann in der Betätigung einer politischen Gesinnung in einer politischen Versammlung durchaus nicht liegen. Der Amtsanwalt erucht den Zeugen, seinem Vorgesetzten von dem Urtheil und der Ansicht des Gerichts Kenntnis zu geben, damit unnütze Strafbefehle nicht wieder ergehen.“

Wenn aber solche „unnütze Strafbefehle“ aufhören, wie soll man dann noch den „geistigen Kampf“ gegen die Socialdemokratie führen? Doch giebt es Richter in Deutschland und Schugleute, deren empfindliche Seele leicht „Mergerniß“ nimmt!

Vor Vertrauensseligkeit gegenüber der Regierung warnt die „Köln. Volkszeitung“. „Das Charakteristikum gewisser gährender Zeiten — so schreibt das Centrumsblatt — ist stets eine hochgradige Nervosität gewesen. Nichts ist heute schwerer als dem Publikum einzureden, daß dies oder jenes „nicht möglich“ sei. Es geht eine Ahnung durch das Volk, als ob es schwere innerpolitische Kämpfe bevorstünde, während als politisches Zwischenstück das Satyrspiel „Blöskanig“ in Scene geht, wo diese beiden trefflichen Männer sich als Ketter des Volkes gerben. Ein Bild in die Lage zeigt uns das bedenkliche Gerücht des Reichskanzlers, während Excellenz Miguel den Acteurs verständnisvoll jubelt.“ Sehr hübsch gesagt. Aber wer war denn der vertrauensselige Thel? Wer ist der klamirte Europäer? Doch die Herren vom Centrum! Wer hilft denn, die Pläne, die eine hochgradige Nervosität verursacht, ins Werk setzen? Das Centrum! Wer will Regierungsarbeit werden, indem er mit der Regierung des Herrn Miguel durch Lid und Däm geht? Das Centrum! Wer besorgt die Geschäfte der Compagnie Blöskanig? Das Centrum! Vertrauensseligkeit der Regierung gegenüber ist vom Uebel, Vertrauensseligkeit dem Centrum gegenüber nicht minder.

Wie das Petitionsrecht der Beamten neuerlich von der preussischen Staatsregierung einzuschränken gesucht wird, ergibt sich aus dem nachfolgenden vertraulichen Circular des Finanzministers und des Ministers des Innern vom 10. Januar 1893, welches vom „Normatis“ veröffentlicht wird. Das Circular lautet wörtlich wie folgt:

„Es ist uns erwünscht, darüber unterrichtet zu werden, ob und inwiefern unmittelbare Staatsbeamte unserer gemeindefreien Verfassungen und der Verwaltung des Innern an Sachvereinen (Bereinigungen bestimmter Beamtenkategorien, Militäranwärter-Berufe und dergl.) sowie an Fachgesellschaften, insbesondere an solchen, die beiläufig sind, die den Zweck haben, die dienstlichen Interessen der Beamtenmitglieder durch Vertretung vor den vorgesetzten Behörden und georgenden Körperschaften wahrzunehmen und Wünsche oder Forderungen der betreffenden Beamtenschaft der vorgesetzten Behörde oder der künftigen Staatsregierung gegenüber zu vertreten. Es eruchen deshalb um eine übermäßig baldige demnächstige Antwort, eventuell unter genauer Bezeichnung der betreffenden Vereine und Gesellschaften.“

und wurde unruhig, gleich als hätte sie da ein neues Unglück. Schon seit einiger Zeit ängstigte sie die Trübsal ihrer Tochter.

— Es ist Niemand im Laden, sagte sie endlich, um der Ecce ein Ende zu machen. Sehen Sie doch nach, Colombar. Mir war, als hätte ich drinnen Schritte.

Alle erhoben sich. Baudu und Colombar gingen in den Laden, um mit einem Käufer zu verhandeln, der Einkäufe einholen wollte. Madame Baudu führte Pons hinaus, um ihm Bilder zu zeigen. Das Dienstmädchen hatte nach der Thür abgesehen, und Denise stand in Gedanken verfunken vor dem Fenster und blühte in der Hof hinaus. Als sie sich umwandte, gewahrte sie Geneviève immer noch auf ihrem Plaze, die Augen auf die Wand gerichtet, die neben mit einem neuen Mann geküßt werden war.

— Hi! Da traut, Geneviève? fragte sie.
Das junge Mädchen antwortete nicht, doch sie wandte den Kopf und blühte in das Geheimniß der ihr sich kundgebende Gesicht. Plötzlich begann ein Schreien und der Braß mit ihr schrie nicht für zum Himmel wieder.

— Mein Gott, was ist Dir? rief Denise erschrocken. Soll ich Jemanden sehen?

Geneviève ergriff kraschhaft ihren Arm, hielt sie fest und sprach:
— Nein, nein, bleibe! ... O, Mama darf nicht erfragen! ... Ich fühle mich sehr weh, ich weine nicht mehr.

Der Mann erwiderte sich jedoch, Federstift hielt er in der Hand. Denise versuchte, ihm so gut es ging Erläuterung zu verschaffen. Sie ignorierte ihr Gesicht und sprach ganz leise:

— Ich habe die Karte eines Kindes. Mit beiden Händen ergreift Denise ihr wichtiges Haar, das ihr Schicksal angedeutet schien, und läßt es, um ihr Glückseligkeit zu verschaffen.

— (Schweigend folgt)

Musland.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Der Nachrichtenbericht vom Kriegsschauplatz ist derartig mangelhaft und unzuverlässig, daß es oft schwer wird, aus dem Gewirr von Meldungen sich ein klares Bild der Sachlage zu machen. Auf beiden Seiten nimmt man es mit der Wahrheit nicht sehr genau. Nach wie vor beanspruchen die Ereignisse vor Santiago de Cuba das größte Interesse, da dort demnächst die Entscheidung fallen muß. Es scheint nunmehr doch so, als ob der Erfolg der Spanier am Freitag bedeutend überschätzt worden ist. Während bis zum Sonnabend auch aus New-York Meldungen vorlagen, die so gefaßt waren, daß man in der Vernichtung des „Merrimac“ einen schweren Verlust der Amerikaner sehen mußte, gewinnt die Sache durch amtliche Kundmachungen aus Washington und eine damit übereinstimmende Privatmeldung aus London ein anderes Gesicht. Danach haben die Amerikaner absichtlich ein älteres Hilfschiff vorgeschickt und selber in den Grund geböhrt, um damit den eagen Eingang zur Bucht von Santiago zu sperren und den spanischen Schiffen das Auslaufen unmöglich zu machen. Nach amerikanischen Berichten wäre dieser Plan vollkommen geglückt. Die Spanier berichteten zuerst, es sei ihnen bereits gelungen, das Wrack des „Merrimac“ mit Dynamit zu sprengen. Neuerdings aber giebt man zu, daß das Wrack noch im Canal liege, mit dem Bemerken, es spreie nicht ganz die Schifffahrt. Erst die Ereignisse der nächsten Tage — inzwischen sind auch amerikanische Landtruppen unterwegs, die Santiago vom Festlande her angreifen sollen — werden zeigen, welchen Berichten man trauen darf.

Zur Lage auf Cuba wird aus Havana gemeldet, die Colonialregierung hat beschlossen, den Handelsverkehr mit Waaren, welche aus neutralen Ländern stammen, zu gestatten und die Ausfuhr von Lebensmitteln, sowie von Zucker, zu unterjagen, außer wenn derselbe nach Häfen ausgeführt wird, aus denen Cuba Lebensmittel und Kohle einführt. Ein Rundschreiben theilt den fremden Consuln mit, daß nach Cuba eingeführte Lebensmittel von Zollabgaben frei sind. — Das Kanonenboot „Arbilla“ ist trotz der Blockade in Havana eingetroffen.

Ein Befehl des Generals Blanco untersagt den auswärtigen Zeitungsreporternden den Aufenthalt auf Cuba. Diejenigen Correspondenten, welche diesen Befehl übertreten, sollen als Spione angesehen und dem Militärstrafgesetz gemäß abgeurtheilt werden.

Von den Philippinen mangelt es an jeglicher zuverlässigen Nachricht. Der Kriegsminister theilte am Sonntag im spanischen Ministerrath mit, er habe in Manila angefragt, ob sich die Nachricht von einer Explosion auf dem amerikanischen Panzerschiffe „Baltimore“, die von „Lloyds Bureau“ in London verbreitet worden sei, bestätige. In einem Telegramm der „Köln. Zig.“ aus Madrid heißt es, der Marineminister halte es für wahrscheinlich, daß dem amerikanischen Kriegsschiff „Baltimore“ vor Manila ein ähnliches Unglück zugefallen sei, wie der „Maine“ vor Havana.

Einen Appell an die europäischen Großmächte plant die spanische Regierung. Im spanischen Ministerrath brachte am Sonntag der Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Reihe von Mittheilungen zur Kenntnis des Ministerrathes, die dem Wächten unterbreitet werden sollen, weil sich aus ihnen angeblich eine Verletzung des Völkerrechts durch die Amerikaner ergiebt.

In Russland, wo man den Amerikanern nichts Gutes gönnt, scheint man dem Gedanken einer europäischen Intervention am meisten geneigt zu sein. Die Petersburger „Korrespondenz“ führt aus, es sei die beste Zeit, dem unheimlichen, verheerenden Kriege, welcher ganz und gar auf die Verwüstung nationaler Reichthümer, Zerstörung blühender Städte sowie Unterdrückung des Handels und der Industrie gerichtet sei, ein Ende zu setzen. Der Kaiser Spariens an die Mächte ist schon eine Art von Capitulation. Amerika müßte seine Präntentionen freiwillig dem Gerichte der Mächte übergeben und könnte sich nicht weigern; denn keine Sage mit den beiden offenen Rivalitäten ist hartnäckiger als die, daß es den vereinigten Mächten von zwei oder drei Mächten Widerstand leisten könnte. Mache Europa keine mächtige Stimme erheben und läge dort wieder grübe werden, wo die Menschheit nur friedliche Entwicklung und den Triumph der Civilisation zu sehen gewohnt ist! — Wie weit hinter diesen Artikel die Ansichten der russischen Regierung stehen, ist allerdings fraglich.

In einem Seminal besprechen die „Times“ die Lage Spaniens, nachdem alle auf die spanische Flotte gesetzten Hoffnungen gescheitert sind, als hoffnungslos. Der Friede, heißt es da weiter, liegt zur Verfügung Spaniens, wenn man es ihm freiwillig und aufrichtig annehme; aber ein spanischer Friede läßt sich nicht länger als ein solcher denken, der den Status quo ante bellum herstelle. Cuba sei für Spanien jedenfalls verloren, es habe sich nur zu fragen, ob es besser Verlaß anderen Staaten anzunehmen wolle.

Frankreich. Ein Manifest der socialistischen Parlamentsgruppe wird in der letzten Sitzung der „Republikaner“ verlesen. Das Manifest erklärt den Kampf gegen die Socialisten heute die Grundzüge der Socialisten und die Forderung der socialen Emancipation hauptsächlich zu betonen. Dem heißt es:

„Von den Seiten der großen Massen wollen wir Allen die freie Verfügung über die Arbeitskraft und den Arbeitslohn sichern, wir wollen die unabweisbaren Forderungen der in capitalistischen Verhältnissen gelebten Emancipation, die Forderung der höchsten Wohlthat und der Socialisierung der Productionsmittel hervorheben.“

Dem geistlichen Reich, gilt es nach dem Geiste der Welt, gegen die Macht der Aristokratie entgegen, das auf dem christlichen Glauben beruhende Recht über die bestehenden Verhältnisse gegenüber zu dem internationalen Capitalismus, welche das internationalen Socialismus der Arbeiter.

Geändert werden können des Ministeriums, Alters und Jugendbeschäftigung der Arbeiter in Industrie und Handel, die progressive Socialisation.

socialpolitische Vorschlag, der auf Erfolg der Arbeiter abzielt, werde unterstützt werden.

Unterzeichnet ist das Manifest von folgenden Aeltern: Allard, Benezech, Berthelot, Boyer (Antide), Breton, Bernard Cabanat, Calvinhae, Carnaud, Chau Colliard, Coutant, Dejeante, Devèze, Dufour (Jac Ferrero, E. Fournière, Paschal Groussier, Groussier, Hugues, Jourde, Krauß, Valoge, Lassalle, Legit Millerand, Pailly, Pastre, Poulain, Renou, Rouanet, Sau Sembat, Vaillant, Pierre Vaux, René Viviani, W. Alexandre Zévada.

Rußland. Das angebliche Attentat den Zaren. Vor einigen Wochen berichtete ein Blatt über die Entdeckung einer Mine unter dem Boden von einem reichen Privatmanne zum Andenken Alexander gestifteten Kirche in der Nähe von Zarskoje Selo, wo diese Kirche durch den Zaren eröffnet werden sollte, so die Geschichte von einer Verschwörung gegen das Leben des Zaren fertig. Wie nun die in London erscheinende „Russka“ und nach ihr die „Frankf. Zig.“ melden, diese ganze Mittheilung auf der bloßen Thatsache, daß Architekt, welcher die Kirche in Zarskoje erbaut hat, sich einer großen Anzahl Verhafteter befindet. Da seine Frau freiem Fuße belassen wurde, so könne das Vergehen des Verhafteten kein schweres sein. Was aber die übrigen Verhafteten betrifft, so werden dieselben auf den Ueberreiser des Ob Piramidow zurückgeführt, der früher Chef der Döbfaer darmerie war und dann zum Leiter der „Ohrannoje Udeler“ der einflussreichsten Spionir-Abtheilung der Petersburger ernannt wurde. Piramidow wollte Angesichts der Arbeiterbewegung die Hauptstadt „von unzuverlässigen Elementen“ säubern und beabsichtigte daher, einige Tausend Kundschaften in einer und derselben Nacht vorzunehmen, alle der Stadthauptmann Kieglis erklärte, daß er dazu nicht polizeilich habe, wurde die Kazzla allmählich ausgeführt. sollen in der Nacht vom 23. März (n. St.) über 80 Personen in der Stellung von einiger Stellung und nicht mehr jung z. B. Civil-Ingenieure, Beamte, Architekten u. — verhaftet und in Einzelhaft gebracht worden sein. Die Zahl der Verhaftungen, nicht bloß in Petersburg, habe schließlich überschritten. Unter den am 23. März Verhafteten soll auch ein Zollbeamter Namens Kostromin befunden haben, wegen seines erschütterten Nervensystems die Einzelhaft ertragen konnte. Seine Frau, welche das wußte, stellte halb die Behörden an, ihren Mann nicht allein in einer zu lassen, allein ihre Bitten blieben unerhört, und am 1. April öffnete sich Kostromin mit dem Fragment einer brochenen Porzellan-Schale die Adern und starb.

Serbien. Die Wahlen zur „upstina“ nach offiziellen Meldungen im ganzen Lande ruhig verlaufen. Gewählt wurden 112 Liberale, 62 Fortschrittliche, 19 trale und 1 Radikaler. Die Regierungsmehrheit in der „upstina“ ist sowohl eine große. Bei den ländlichen Wahlen nur geringe Theilnahme, in den Städten eine lebhaftere merkbar. — Der radikale „Objek“ schreibt: Bei uns ist freie Wahl. Die Polizei ernannte überall die Wahlmänner wo keine von diesen zu ihren Gunsten da waren; sie hat Wahlen überhaupt verhindert. Ein Druck herrschte im ganzen Lande, der sogar bei uns bis jetzt undenkbar war. Die g Armee war in den Kasernen conignirt.

Die Reichstagswahlen.

Zur Beachtung für die Stichwahlen.
Bei den Wahlen 1893 war die socialdemokratische Partei 82 Wahlkreisen an den Stichwahlen beteiligt. Da bei den 2-jährigen Wahlen die Repräsentation der Parteien fast noch größer wie 1893, so kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Zahl der Stichwahlkämpfe, an denen unsere Partei theilnimmt, sicher nicht kleiner sein wird als 1893.

Um nun für diese Kämpfe die rednerischen Kräfte der Partei zu vertheilen, daß möglichst überall dem Versammlungsbetrieb Rechnung getragen werden kann, und vor Allem um zu vermeiden, daß in einem Kreise die Redner sich häufen, während in anderen Kreisen sie fehlen, werden die rednerisch thätigen Genossen, die der Lage und bereit sind, sich auch an den Stichwahlkämpfen theilzunehmen, ersucht, ihre Bereitwilligkeit schriftlich beim Parteibureau

J. Auer, Berlin SW., Raßbachstraße 9 anzumelden.

Besonders notwendig ist auch die Mittheilung darüber, welche Orte resp. Kreise die einzelnen Redner sich etwa bereits verpflichtet haben, im Falle einer Stichwahl dort zu reden.

Das Verlangen nach bekannteren Rednern ist in der Partei jetzt bereits ein so lebhaftes, daß die laut werdenden Wünsche nicht entfernt befriedigt werden können. Dieses Verlangen ist, nach früheren Erfahrungen, zu den Stichwahlen noch wesentlich zu steigern. Um nun annähernd den Wünschen der Genossen entgegen zu kommen, muß an der Centralstelle eine Uebersicht über die zur Verfügung stehenden Kräfte vorhanden sein; wir ersuchen deshalb die in Betracht kommenden Genossen dringend, uns rechtzeitig die vorstehend bezeichnete Mittheilung zukommen zu lassen.

Mit socialdemokratischem Gruß
Der Parteivorstand

Wahlkreis-Versammlungen werden empfohlen.
In Brande bei Hörterlingen (Schleswig-Holstein) war Socialdemokraten eine Bauernabtheilung, die 200 bis 300 Personen als Versammlungsort zur Verfügung gestellt. Dem Ausschussmitglied das nicht, und er ließ daher einem Mitgliede des Ausschusses das nachfolgende originelle Versammlungs-Verbot stellen:

„Indem ich hiermit die rechtzeitige Anmeldung einer Volksversammlung am 5. Juni bei Lebertshäde in Brande beschleunige, ist es zugleich die geplante Versammlung polizeilich verboten, insofern sie sehr fraglich erscheint, ob die landwirtschaftliche Diebstahl-Verordnung in Feuer- und gesundheitspolizeilicher Hinsicht den Anforderungen der Polizeiverordnung, betreffend Einrichtung von Versammlungsstätten, entspricht und ob ohne trübselige Zeichnung Besondere Vorkehrung nicht im Stande ist, diese Frage näher zu prüfen.“

Der Ausschuss-Vorstand.

Wenn solche ein Versammlungsverbot nicht bei der Polizei, sondern ein Ausschussmitglied nur zu veranlassen, daß Gründe sind — und fragt ist ein Grund zum Verbot da.

Im Wahlkreis Nordhausen ist dem Chefredacteur Nebelung auf sein Gesuch um Verschonung der rechtzeitigen Anmeldung einer liberalen Wählerversammlung in Heinecke folgende auch durch ihr Deutsch charakteristische Antwort zugegangen: „Kleinjurro, den 3. Juni 1898. An den Chefredacteur Herrn Nebelung zu Nordhausen mit dem Bemerkten zurück, daß Ihr Antrag nicht entprochen werden kann. Der Amtsvorsteher Eggert.“ — Der Herr Amtsvorsteher sollte doch wissen, daß er überhaupt keinem „Antrag zu entsprechen“, sondern lediglich die rechtzeitige Anmeldung — 24 Stunden vorher — zu beschleunigen hat.

Militärische Übungen am Wahltag.
Wie die „Mannheimer Volkstimme“ berichtet, wird in Baden die geplante Referendumsübung wirklich nicht verschoben. Am 3. Juni haben verschiedene Reservisten der jüngeren Jahresklassen — lautere Leute zwischen 25 und 28 Jahren — ihre Einberufungsordere auf den 15., 16. und 17. Juni erhalten.

Militäre Wahlbeeinflussungen.
Wie man der „Nat.-Ztg.“ aus dem Kreise Lüben schreibt, wird dort von verschiedenen Amtsvorstehern versucht, die Wahl in unerlaubter Weise zu beeinflussen. So hat beispielsweise der Amtsvorsteher Graf von Wald in Straußhagen ein Wahlflugblatt die mit seinem Namen unterschriebenen Worte gesetzt: „Wir wählen keinen Socialdemokraten, wir wählen auch nicht den deutsch-freiwirtschaftlichen Prinzen Carolath, wir wählen den Conservativen Dr. von Sydbrand.“ Ferner wurden in zahlreichen Dörfern die bäuerlichen Wähler durch die Gemeindevorsteher im Austrage des Amtsvorstehers schriftlich verpflichtet, den agrarischen Kandidaten zu wählen.

Aus Michelstadt im Odenwald wird dem „Offenburger Abendblatt“ berichtet, der dortige Gendarm Habel habe gelegentlich der Versammlungsüberwachung mehrere Wähler notirt und die Namen dann den Fabrikanten mitgeteilt. Der Mann ist erst kurze Zeit dort stationirt und kennt die Parteiverhältnisse nicht; er geriet deshalb verlegenlich auch an einen socialdemokratischen Arbeitergeher.

Die Stimmzettel.
In einer Erklärung über die Stimmzettel schreibt die „Kreuzzeitung“:

Wir wollen uns der Hoffnung nicht verschließen, daß die verhältnismäßige Ruhe in der diesmaligen Wahlbewegung der so dringend notwendigen Einigung der Parteien bei der Stichwahl gegen die Socialdemokratie zu gute kommen wird. Wenn erst der Wahlkampf für oder wider die Socialdemokratie erschallt, so werden die Parteien in den einzelnen Wahlkreisen sich wohl überlegen, ob sie die Verantwortung, der Umsturzpartei zu Mandaten verholfen zu haben, auf sich nehmen wollen. Nach den Wahlen kommt die Abrechnung, und wohl derjenigen Partei, deren Ehrenschild in dieser Beziehung rein geblieben ist!

Die Ordnungsparteien werden sich schon zusammenfinden.

Ein Versuch im Centrumsbureau.
Allenthalben im Rheinland pflanzt das Bauernthum die Fahne der Rebellion gegen das Centrum auf. Die „Rheinische Volkstimme“ in Köln fordert auf, „in allen rheinischen Centrums-Wahlkreisen eigene Candidaten aufzustellen, einmüthig den Führern zu folgen und selbstständig in den Wahlkampf einzutreten.“ Rücksichten seien nicht mehr am Plage, nachdem das Centrum die beschriebenen Forderungen der Landwirthe zurückgewiesen hätte. Eine Verständigung sei so lange aussichtslos, bis man Respekt vor den Landwirthen bekommen hätte.

Die „Germania“ ist natürlich sehr ungehalten. Der „Köln. Volksztg.“ wird aus Geldern geschrieben: Im hiesigen Kreise wird folgende Einladung verbreitet:

Centrums-Landwirthe des Kreises Geldern! Die Vorbereitung der Reichstagswahl erheischt dringend eine Berathung zur Wahrung unserer berechtigten Interessen! Es ist unser gutes Recht, einen uns nahestehenden centristischen Mann zu wählen, wenn wir auch im Wahlcomitee abgestimmt worden sind. Vereinigen wir uns am nächsten Sonntag, den 5. Juni, 3 1/2 Uhr, bei Brodmann in Weeze. Die Vorstandmitglieder des Rheinischen Bauernvereins im Kreise Geldern. K. Hüters (Alberker), J. Bürger (Partefeld), W. Dredmann (Weeze), Graf von und zu Hoensbroeck (Haag), Graf Roe (Wissen), J. Tendys (Wachtendonk).

Die „Köln. Volksztg.“ bemerkt dazu: „Die Vorstandmitglieder des Rheinischen Bauernvereins im Kreise Geldern nehmen also die Wahlagitatorien gegen den Wahlcomitee des Wahlkreises Geldern ordnungsmäßig aufgestellten Candidaten in die Hand. Es wird eine Zeit kommen, wo die Herren Grafen Roe und zu Hoensbroeck, sowie diejenigen, welche ihnen noch folgen, ihr Vorgehen schwer bereuen werden.“

Das Centrum sieht jetzt, wie es auf die Dauer unumgänglich ist, es mit allen Kreisen der Bevölkerung halten zu wollen. Daß die Bauern es sind, die dem Centrum den Rücken zuzehren, ist allerdings etwas undenkbar, nachdem das Centrum den agrarischen Wünschen stets sehr weit entgegengekommen ist. Die Arbeiter hätten hundertmal mehr Grund, den schwarzen Herrn den Laufpaß zu geben. Die Arbeiter lassen sich hundertmal mehr gefallen als die Herren „von Ar und Palm“.

Neuer die socialdemokratische Agitation
an der deutsch-schweizerischen Grenze weiß die „Frankf. Ztg.“ Folgendes zu berichten: „Die Agitation zu Gunsten der Wahl socialdemokratischer Reichstagskandidaten im nachbarlichen Baden und im Elsaß wird vom deutschen Arbeiterverein in Basel mit ungewohnter Lebhaftigkeit und Ausdauer betrieben. Seit Wochen schon können jeden Sonntag und Feiertag gegen 40 Mann rottenweisse in die umliegenden Ortshäuser und vertheilten Flugblätter von Haus zu Haus; eine besondere Section socialistischer Radfahrer unterstützt die Agitation und sucht alle Ortshäuser ab. Am Freitag, Sonntag wurden allein im vierten badischen Wahlkreise über 60 grüne und kleinere Ortshäuser besucht und am Montag der ganze Ortsgau mit Wahlliteratur überschwemmt. Die Aufnahme wird überall als eine sehr gute bezeichnet. Da im Elsaß das Versammlungrecht als verdammt und Gift angesehen wird, werden die Wahlveranstaltungen in schweizerischen Ortshäusern abgehalten. Diese Versammlungen werden sehr zahlreich besucht. Auf der Flugblattvertheilung in Hülshaus (Basel-Stadt) waren mehr als fünfzig Personen anwesend, die idiosyncrasie aus den umliegenden Ortshäusern des Elsaß herbeigekommen waren und den langen Weg nicht gescheut hatten. Unter den Zuhörern sah man auch viele Neuen, die den Lehren der Socialdemokratie zugehört zu sein schienen. Die badischen Wähler werden nach Rheinbündingen (Baselstadt) einberufen, wo badische Referenten sprechen und der Versuch ein nicht minder starker ist.“

Heiteres aus der Wahlbewegung.
Kufe ist die erste Bürgerpflicht. In dem Flugblatt für den national-liberalen Candidaten in Eisenach, Dr. Rudolf Flug, steht es ausdrücklich: Der Candidat verdammt es, daß die Wahl durch aufreizende Wahlreden seinerseits noch mehr zu erregen, als dies von gegnerischer Seite schon genugsam geschieht!

(Quelle der Rubrik: Politische Uebersicht.)

Aus aller Welt.

Werd einer Protestaktion. Das königliche Polizeipräsidium zu Berlin theilt mit: Heute Morgen 7 Uhr wurde die in der Oranienstraße 69, IV, bei Schneidermeister Räder wohnhaft gewesene Prostituirte Lenka Singer gef. Broch — Nationale fehlt — dem ihrem Reich nicht durchschütteltem Reble todt aufgefunden.

Es ist ein seltsames Verhältniß, wie Stützspuren ergaben, von dem Alter und Wohlstand, liegt anscheinend ein Rechenzettel vor. Es ist anzunehmen, daß der Thäter sich fast mit Blut bedeckt hat und auch viel Geld sich verleiht hat. Gestern Abend um 10 1/2 Uhr ist die Gewandete mit einem Kanne ihr Wohnhaus betreten. Gestern Morgen um 12 und 1 Uhr des Morgens allein verlassen

und wird wie folgt beschrieben: Alter etwa 19 bis 20 Jahre, mittelgroß, dunkles Haar, kleiner dunkler Schnurrbart. Bekleidung: dunkler Gehrock und dunkle Hose, weißen Strohhut mit geradem Bande und schwarzem Bande. Er trug einen Spagatstiefel. Er entfernte sich nach der Richtung der Lindenstraße.

Eine Gasexplosion fand in Köln in einer Bäckerei statt, in Folge dessen alle in den Hinterzimmern befindlichen Gegenstände sowie eine Wand zertrümmert wurden. Eine Person wurde tödtlich verletzt dem Hospital übergeben.

Vom Wetter. Aus verschiedenen Theilen Rheinlands laufen Mittheilungen ein, wonach in den letzten kalten Nächten Gurken, Bohnen und Kartoffeln erfroren sind. — Vom 16. bis 22. Mal erfolgten in Bayern täglich Hagelschläge, die namentlich dem in Wäldern stehenden Winterroggen viel Schaden zufügten; vom 22. bis 28. Mal wurden 275 Gemeinden betroffen. — Ein schwerer Hagelwetter zerstörte auf weite Strecken der Provinz Padua die gesammte Ernte.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 7. Juni 1898.

Zur Reichstagswahl!

Wähler - Versammlungen!

Am nächsten Sonnabend, den 11. Juni, Abends 8 Uhr findet im großen Saale des „Tivoli“, Neuborfstraße, eine große

Wähler - Versammlung

statt. Referent ist der Candidat der Socialdemokratie für Breslau-West

Chefredacteur Dr. Bruno Schoenlank in Leipzig.

Am nächsten Sonntag, den 12. Juni, Vormittags 11 Uhr, findet in Hallmann's Brauerei, Böschstraße 15 — 17a, eine große

Wähler - Versammlung

statt, in welcher Referent ist der Candidat der Socialdemokratie für Breslau-Ost

Tischlermeister Franz Tutzauer in Berlin.

Genossen und Genossinnen! Sorgt für einen glänzenden Besuch dieser Versammlungen!

Das Wahlbureau der socialdemokratischen Partei befindet sich im Vereinszimmer in Eblig's Brauerei „Zu den drei Tauben“, Neumarkt 8 und Biegengasse 1, und ist täglich geöffnet von Vormittags 8 bis Abends 8 Uhr, Sonntags von 8 bis 2 Uhr Nachmittags. Unentgeltliche Auskunft in allen Reichstagswahlangelegenheiten. Briefe u. an den Vorsitzenden Paul Heppner, Gelder nur an den Kassirer Gustav Tige, hieselbst.

Für Donnerstag, den 16. Juni, dem Wahltag, werden in den beiden Breslauer Wahlkreisen noch eine Anzahl Eifenfahrer und Stimmgeltekvertheiler gebraucht und fordert daher das socialdemokratische Wahlcomitee die Genossen dringend auf, sich zu diesem Zwecke im Wahlbureau, Neumarkt No. 8 („Drei Tauben“) schleunigst zu melden.

Parteigenossen!

Denkt an den Wahlfond! Der Wahlkampf erfordert Geld, Geld und nochmals Geld!

Zu einer Antwort auf die Beschwerde des hiesigen socialdemokratischen Wahlcomitee's wegen ungerechtfertigter Behinderung der Flugblattvertheilung durch Polizeiorgane hat sich nun auch der Herr Landrath des Kreises Neumarkt herbeigelassen. Er schreibt dem Vorsitzenden des Wahlcomitee's, Paul Heppner, Folgendes:

In Sachen der zu Unrecht erfolgten Abnahme socialdemokratischer Wahlflugblätter ist an die in Betracht kommenden Polizeiverwaltungen und Beamten, soweit erforderlich, diesseits entsprechende Verfügung ergangen.“

Freiwiliger Wahlhelfer.

In Bromberg sind die Freiwiligen mit den Conservativen in ein Handelsgeschäft eingetreten. Nachdem das zwischen dem Vorstand des conservativen Vereins und dem freiwiligen Verein zu Bromberg getroffene Abkommen, dahingehend, daß den Freiwiligen ein Mandat zum nächsten preussischen Abgeordnetenhaus überlassen werden soll, von einer öffentlichen Wählerversammlung gutgeheißen ist, ist nunmehr der freiwilige Stadtrath Benzel durch öffentliche Erklärung von seiner Candidatur zum Reichstag zu Gunsten des Regierungspräsidenten v. Tiedemann zurückgetreten. Dies Ereigniß verkündet der Vorstand des deutsch-freiwiligen Vereins in einem Flugblatt, in welchem er die Wahl des Regierungspräsidenten empfiehlt und alle Deutschen auffordert, gemeinsam gegen den polnischen Candidaten zu stimmen. Dem freiwiligen kommt es nur darauf an, daß die „deutsche Stadt“ Bromberg einen „Deutschen“ in den Reichstag entsendet, „benn unser Wahlkreis ist nicht der Platz, politische Meinungen und Gegensätze bei den Wahlen auszusprechen“. Man sieht, welche herabwürdigen Fährte der freiwilige Chauvinismus jetzt, statt einen Mann in den Reichstag zu entsenden, der für das bestehende Wahlrecht eintritt, schuen sich die freiwiligen Mannesfeien nicht, einen Angehörigen einer Partei zu empfehlen, die offen gegen das Reichstagswahlrecht ist. Wahrhaftig, wären die Freiwiligen nicht so wie so schon zu Grunde gerichtet, dieser elende Wahlhelfer wäre das beste Mittel, sie vollends zu vernichten.

Unter solchen Umständen klingt es geradezu komisch, wenn die „Freiwilige Zeitung“ sich über einen ähnlichen Wahlhelfer in Dagen-Schwelm äußert. Hier beabsichtigt die national-liberale Partei eines ihrer beiden Landtagsmandate den Conservativen zu überlassen, in der Voraussetzung, daß diese den national-liberalen Reichstags-Candidaten

unterstützen. Mit Recht bezeichnet die „Freiwilige Zeitung“ ein solches Vorgehen als Verrath an denjenigen Interessen, die sonst noch allen Liberalen gemeinsam sind. Aber ist der Wahlhelfer in Bromberg denn nicht auch Verrath, noch dazu Verrath am Volke, dem sein höchstes Recht, das allgemeine Wahlrecht, mit Hilfe des hier geschlossenen Compromisses entziffen werden kann?

Von der Wahlbewegung in Oberschlesien.

In einer am Sonntag in Reuthen abgehaltenen freiwiligen Wählerversammlung wurde für den Wahlkreis Reuthen-Zarnowitz Justizrath W u r d e l in Berlin als freiwiliger Reichstags-Candidat aufgestellt. Das ist das einzige und erste, das die ober-schlesischen Freiwiligen in diesem Wahlkampf bisher gestellt haben.

Recht erfindlich sind die ober-schlesischen Volksgenossen in dem Bestreben, den an der Wahlarbeit sich betheiligenden Genossen allerlei Unannehmlichkeiten zu bereiten. In Reuthen und Gleiwitz beharren sie die Genossen mit ihren Besuchen „im Auftrage des Staatsanwalts“ (!) und fragen sie nach der Bezahlung für ihre Antheilnahme an der Wahlagitatorien, nach ihren Arbeitslohn und dergl. Selbstverständlich haben die Genossen diese lästigen Fragen überall gehäufig ablaufen lassen. Diesen Leuten scheint es unbegreiflich zu sein, wie jemand aus Liebe zur Sache persönliche Opfer im Wahlkampf für die Socialdemokratie bringen kann.

Die am Sonntag in Gleiwitz tagende Centrumsversammlung, in der unter einigen Brüdern vor der schwarzen Garde der Centrums-Candidat Graf Ballestrin sprach, fiel nicht gerade glänzend aus. Obgleich Nichtwahlmännern der Eintritt in die Versammlung von vornherein verboten war — welche jämmerliche Furcht vor dem geistigen Rückzug etwaiger socialdemokratischer Redner liegt darin! — waren doch selbst die Centrums-Wähler durchaus nicht durch und durch entzückt von der Candidatur eines Grafen. In allen Ecken und Enden rührte sich die Opposition gegen Ballestrin und die Geiseln. Die Candidatur Ballestrins ist recht gänzlich — für uns.

Aus dem Wahlkreise Ostpr. Landau. Man schreibt uns aus Langenfeld:

R. F. Langend's. Nachdem vor Kurzem für die hiesige Gegend zwei Versammlungen, die eine in dem hiesigen Ort, die andere im benachbarten Friederichsdorf stattgefunden haben, in denen vor einer zahlreich erschienenen Zuhörerschaft unser Reichstags-Candidat Genosse Keller-Görlitz über die bevorstehenden Wahlen referirte, ist es den hiesigen Genossen trotz großer Anstrengungen nicht gelungen, weitere Schritte aufzutreiben. Ueberall zeigen die Wirthschaftler ungläubliche Angst vor Anfechtungen von oben herab. — Auch die Freiwiligen haben nunmehr am hiesigen Ort eine Versammlung abgehalten und zwar am Sonnabend, den 4ten Juni, Abends, im Brauereisaale, in welcher der bekannte Redacteur Dürholz-Hirschberg seine Theorien entwickelte, in der Diskussion aber von einem einfachen Arbeiter in die Klemme getrieben wurde. Dem Verlauf der Versammlung nach zu urtheilen, dürfte der Freiwiliger am hiesigen Orte das Ende seiner Herrschaft erreicht haben. Im ganzen Wahlkreise fanden am 4. und 5. Juni 9 Versammlungen für freiwilige Wähler statt. Eigenthümlich berührt es viele Wähler, daß der bisherige Abgeordnete, Herr Lüders, bis jetzt noch nicht für nöthig befunden hat, einen Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit abzufassen, wie er auch in der Agitation nicht persönlich thätig ist, sondern die Arbeit einem Schwarm anderer Herren überläßt. Als Grund hierfür wird in der freiwiligen Presse die erschlüßerte Gefundheit Herrn Lüders' angegeben. Das können aber viele Wähler in ihrem beschränkten Unterthanenverstande nicht einsehen, sie meinen, wenn Herr Lüders so leidend ist, daß er schon im abgelassenen Reichstage von seinem Mandat wenig Gebrauch gemacht hat, er doch sollte dann lieber von dem erneuten Uebernahme der Lasten eines Volksvertreters Abstand nehmen.

*** Stadtverordneten-Versammlung.**

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung wurde außer der Erledigung einer Anzahl kleinerer Vorlagen die Debatte über den Antrag John und Genossen fortgesetzt. Wir lassen den Wortlaut des Antrages nochmals folgen: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage vorzubereiten, wonach die Großhändler, die Waarenhändler, die Consumvereine u. entweder durch eine progressive Umsatzsteuer, oder durch eine progressive Gewerbesteuer, oder sonst eine Steuer, ihrer Capitalkraft entsprechend, in wirksamer Weise und in erheblicherem Maße als bisher zu den Gemeindefasten herangezogen werden, um hierdurch einen Ausgleich gegenüber den erschwereten Existenzbedingungen des capitalschwächeren Mittelstandes und namentlich des kleinen Handels- und Gewerbestandes anzubahnen.“ Als erster Redner erhält das Wort Stadtv. Wolff. Derselbe führte aus, daß die Ansichten des Prof. S o m b a r t in weiten Kreisen der Bürgerschaft Aufsehen erregt haben. Die Letztere nimmt einen anderen Standpunkt in dieser Frage ein und glaubt, daß die Gesetzgebung Alles thun muß, um den Mittelstand zu schützen. Wichtig sei, daß der Consumverein nicht gehöhrig besteuert werden könne. Daher müsse danach gestrebt werden, daß Remede geschaffen werde. Er stelle deshalb den Antrag: „Die Reichsregierung zu ersuchen, eine Aenderung des Genossenschaftsgesetzes herbeizuführen, damit der Consumverein ebenso besteuert werden könne, wie alle anderen Vereinigungen und Gewerbetreibenden.“ Stadtv. Kreis merkt sich gleichfalls gegen die Ausführungen des Prof. S o m b a r t in der letzten Sitzung. Der Mittelstand setze sich zusammen aus kleinen Landwirten, Gewerbetreibenden und Beamten. Dieser Mittelstand solle geschützt werden, denn je weniger widerstandsfähig derselbe sei, desto früher werde er der Socialdemokratie anheim fallen. Großhandel und Industrie sollen durch eine Sonderbesteuerung nicht getroffen werden, sondern die Großhändler, Consumvereine u. Die Letzteren von der Besteuerung auszuschießen, wäre ein Non-sens, denn der Consumverein habe einen großen Theil des Handels an sich gerissen und schädige zahlreiche Existenzen. Redner begründet seinen bereits in voriger Sitzung gestellten Antrag: 1. Waarenhäuser, Consumvereine u. mit einem Umsatz über 100,000 M. einer besonderen Gewerbesteuer gemäß § 29 des Communalabgabengesetzes zu unterwerfen. 2. Zur Berathung der Steuerreform eine Commission aus 4 Magistratsmitgliedern und 8 Stadtverordneten durch Zettelwahl zu wählen, die in Vorschlag zu bringen der Vorstand ersucht wird. Ein homöopathisches Mittel dürfte man nicht anwenden, sondern man müße radical vorgehen und eine Umsatzsteuer einführen. Eine solche von 2 Cpt. erscheine ihm ausreichend; der betrage bei einem Umsatz von 2 Millionen M. 40,000 M. Damit löste sich gleichzeitig die Schlagschlag beseitigt werden. Der kleine Gewerbetreibende und Kaufmann würden widerstandsfähiger werden, während andererseits dafür gesorgt werde, daß die Bezahlungen nicht in den Himmel wölhen. Er hoffe, daß im Zusammenhange mit dieser Frage eine Reform unserer ganzen Steuer-systems in Erwägung gezogen werde. Kommerzienrath v. Hülshorst

bisher noch keine brauchbaren Vorschläge geföhrt. Alle Gedanken, die er ausgesprochen, seien unbeantwortet geblieben oder höchstens mit einigen Phrasen abgethan worden. Auch trotz des guten Willens des Finanzministers, die Kommunen zu unterstützen, bleibe doch unbestreitbar, daß der Wortlaut des Gesetzes zu einer solchen Besteuerung kein Recht gebe. Bezüglich des Consumvereins wünsche auch er eine Besteuerung des Einkommens; der Magistrat habe auch früher schon einmal einen Versuch gemacht, habe aber keinen Erfolg gehabt; aber so lange das jetzt bestehende Gesetz in Kraft bleibe, sei eine Veranlagung des Consumvereins zur Einkommensteuer nicht zu erzielen. Bezüglich der Besteuerung der Großhändler wolle er auf Bayern hin, wo jetzt ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf vorläge; zur Nachfolge könne derselbe sicher nicht ansetzen. Eine solche besondere Steuer führe nur zu Zank und Streit innerhalb der Stadt. Stadtd. Weilberg weist auf die Verhandlungsgeschäfte hin. Ein derartiges Geschäft brauchte nur eine halbe Meile aus der Stadt herauszugeben, um steuerfrei zu sein. Die Regelung der Frage kann nur auf dem Wege der Reichs- oder Landesgesetzgebung erfolgen. Gegenüber dem Hinweis auf den Consumverein führe er an, daß die Bergwerks-Gesellschaft von Giesches Erben aus demselben Grunde nicht zur Steuer herangezogen werden könne. Die Einbringer des Antrages hätten die früheren Bestrebungen, die darauf hinausgingen, eine Aenderung des Gesetzes herbeizuföhren, unterstützen sollen. Neben hütet um Annahme seines Antrages — „Den Antrag Joha eines gemischten Commission, bestehend aus 5 Mitgliedern des Magistrats und 10 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, zu überweisen, welche letztere vom Ausschuss I bestimmt werden sollen.“ Stadtd. Kaiser wendet sich insbesondere gegen die Ausföhren des Prof. Sombart, die doctrinär vom Standpunkt der Theorie aus vielleicht richtig, für die Praxis aber unrichtig seien; von diesen schönen Grundrissen werde kein Sperting fassen. Neben will durch eine progressive Umlegsteuer die Großhändler zurückdrängen und glaubt, daß sich schon ein gangbarer Weg finden werde. Stadtd. Mugdan kann ebenfalls in den Waarenhäusern einen wirtschaftlichen Vortheil nicht erblicken. Wenn Prof. Sombart den Handel als ein notwendiges Uebel bezeichnet habe, so wolle er darauf hinweisen, daß unsere Stadt ihre Größe und ihren Wohlstand dem Fleiß der hiesigen Kaufmannschaft verdanke, nicht den volkswirtschaftlichen Theorien des Prof. Sombart. Oberbürgermeister S e n d e r widerspricht der aufgetauchten Ansicht, daß die Schlichtsteuer beseitigt werden könne. Der Antrag der Gewerbesteuer dürfe nur eine bestimmte Höhe haben; was vor dem Einen mehr gefordert werde, müsse dem Andern erlassen werden. Einen Erfolg verspreche er sich von einer solchen Steuer nicht, denn zur Einföhren derselben träge nur der Unwille gegen den Nachbar, der ein gut gehendes Geschäft habe. Einföhren lasse sich ja eine solche Steuer, man habe dabei nur zu beachten, daß sie mit den Gesetzen nicht in Widerspruch stehe. Stadtverordneter Professor Sombart behauptet, daß er offenbar, da er sich habe fassen müssen, vielfach mißverstanden worden sei. Wenn Herr Kaiser Theorie und Praxis einander gegenüberstelle, sei das unrichtig; Praxis und richtige Theorie ständen nie in einem Gegensatz. Daß der Wohlstand nicht zu erhalten werden brauche, habe er in dem Sinne gemeint, daß der Wohlstand gar kein einheitliches Element sei; er sei aus sehr ungleichartigen Theilen zusammengesetzt; was dem einen Theile schade, müsse dem anderen. Verstehe man aber unter Wohlstand Handwerker und kleine Kaufleute, so wären das sicher keine wirtschaftlich fortschreitenden Elemente. Auch darin sei er mißverstanden worden, daß der Handel ein notwendiges Uebel sei, der Handel als solcher, nicht der Kaufmann. Denn er vertheilere die Waare, wenn man ihn nicht brauche, wäre es besser. Daß der Consumverein nicht beseitigt werden dürfe, habe er ebenfalls nicht gemeint. Natürlich dürfe er beseitigt werden, aber dann dürfe man nicht sagen, daß es eine Gewerbesteuer sei, sondern man müße den Nachbarn haben, es das zu nennen, was es ist: eine directe Verbrauchssteuer. Daß die Waarenhäuser wirtschaftlich und social fortschreitend seien, müße er aufrecht erhalten; sie seien es, indem sie den Zwischenhandel ausschalten, die Waaren verbilligen. Daß im Detailhandel mehr verlohnt wird als im Großhandel, könne ihm nicht einleuchten. Bäre es so, dann würde wahrscheinlich die Ueberföhren im Detailhandel eine noch viel größere sein. Die wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten, sei ein Ding der Unmöglichkeit; die Jahre normiere trotz aller Steuern und Gesetze. (Schäpfer Beifall.) Nach einem Schlußwort des Stadtd. Joha, worin derselbe seine Genehmigung darüber ausdrückt, daß die Veranlagung so beschaffen sei, daß der Veranlagung ist, die Sache in Angriff zu nehmen, gelangt der Antrag Weilberg zur Annahme. Die anderen darauf bezüglichen Anträge werden der zu wählenden Commission überlassen. Nachher schon hatte Stadtd. Krebs den 2. Theil seines Antrags zu verhandeln. Damit schließt gegen 7 1/2 Uhr die Sitzung.

Achtung, Zimmerleute! Die Dörschauer Zimmerer, welche seit fünf Wochen im Streit sich befinden, beklagen sich darüber, daß sie unter hiesigen Bezug aus Schonen, namentlich aus der Dörschauer Gegend zu leiden haben. Die Dörschauer Zimmerer sind der Meinung, daß dieser Umstand nur durch gerichtliche Schritte ist, daß die hiesigen Kollegen von dem hiesigen hiesigen hiesigen haben und ersuchen um einen diesbezüglichen Hinweis in der „Polizei“. Die Juristen, in denen die hiesigen Zimmerer stehen, sollen in „Hilfsarbeit“ gehen.

Emile Jola über die Wohlthätigkeit. In einer der letzten Nummern der „Revue für“ befindet sich eine Besprechung über Jola's neues Werk „Paris“. Wir entnehmen dem Aufsatz das folgende Urtheil: „Die Wohlthätigkeit der Pariser ist im Grunde „Paris“, um in der Stadt Paris, jedoch ein Fremder oder hiesiger hiesiger, eine Dame, jedoch der hiesigen hiesigen, eine der hiesigen hiesigen der hiesigen hiesigen — und hiesigen ein hiesigen der hiesigen, ein hiesigen, das hiesigen der hiesigen um hiesigen hiesigen, eine hiesigen über hiesigen hiesigen.“

„Was sagen die Klingelbeutel-Träger und Schwestern zu diesem treffenden Urtheil des großen Romancier?“

*** Städtischer Arbeits-Nachweis.** Frequenz in der Woche vom 29. Mai bis 4. Juni 1898. a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte: 189. Zu besetzende Stellen: 122. Besetzte Stellen: 103. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte: 69. Zu besetzende Stellen: 85. Besetzte Stellen 62.

*** Herrenlose Kellereisten.** Am 2. d. M. ist durch einen Dienstmann ein Kellereisten mit Inhalt in dem Hause Garterstraße 28 abgegeben worden. Der Mann muß sich aber bei Abgabe des Korbes geirrt haben, da in dem betreffenden Hause Niemand den Kellereisten als Eigenthum betrachtet.

*** Verhaftungen.** Am Sonntag wurde auf der Varnherzigen Brüder-Kirmes ein Schlosserlehrling bei der Verübung von Taschendiebstählen durch einen Criminalbeamten abgefaßt und verhaftet. Bei dem Verhafteten fanden sich mehrere bereits geleerte Portemonnaies vor. Ferner wurde ein Dienstmädchen verhaftet, welches seiner Herrschaft Kleidungsstücke und Schmuckstücke gestohlen hatte, und eine Schmeigerin, die einem Brauer ein Portemonnaie mit 34,85 M. Inhalt entwendet hatte.

*** Gefunden wurden:** einige Portemonnaies mit Inhalt, ein silbernes schwarzemaltes Armband, ein Trauring, ein goldenes Vincenz, eine Armbühndel, ein Armband mit schwarzen Steinen, zwei Uhrketten und ein gebrochenes goldenes Kreuz, eine schwarz erpöbte Herrenuhr, eine ebensolche Damenuhr mit Schleiße, zwei Raifmeyer, ein schwarzseidenes Damenjaquet, ein Damenumhang, ein Kellereisten in eiserner Garnitur, ein Padel Wäschebüchse, mehrere Schwärme, ein Kettenarmband, eine weiße Knabenmütze und ein Herrenstiechhut — Abhanden kamen: ein goldenes Vincenz, ein goldener Siegelring mit blauem Stein, ein goldener Manschettenknopf, eine goldene Damenuhr, ein Geograph, ein silbernes Armband, eine goldene Herrenuhr mit dem eingravierten Namen Julius Sene ein Sammelhersteller und drei Portemonnaies mit 5 M., 59 M. und 12 M. Inhalt.

Striegau, 6. Juni. Abrechnung vom Steinarbeiter-Streit. Einnahme: Kassenbestand von Striegau 115,45 M., Kassenbestand von Hiesdorf 230 M., Geschäftseinnahme 11,50 M., Schatz aus Striegau 20 M., Rummelr Gülden 4 M., Sammelkassen 47,31 M., Feldmann-Vangenbergelau 140,40 M., Sammelkassen Unterhörungen 551,10 M., Ungerann 2,35 M., Summa 115,44,82 M. — Ausgaben: Diverse 58,65 M., Kleinunterhörungen 57,20 M., Strafenverhörungen 13,311,50 M., Summa 13,427,35 M. Es bleibt mithin ein Ueberfluß von 113,27 M., welcher an die Geschäftsleitung zurückgesandt worden ist. Abgerechnet von H. Hager, H. Paudach, W. Haude. Alle Reichwerden über Unrichtigkeiten sind an Wilhelm Haude, Striegau, Bahnhofsstraße 28, zu richten.

Stegan, 4. Juni. Ein vierzehnjähriger Sittlichkeitsverbrecher. In der heutigen Strafkammerung wurde der vierzehnjährige Schulknabe Robert S. aus M. f. u. bei Neuwal wegen Diebstahlsverbrechen, bezogen an sechsjährigen Mädchen, zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt. In der Handlung des Verbrechens zeigen sich so recht deutlich die traurigen Folgen unersetzlich so viel gerühmter Erziehungsinstitute. Wer glaubt wohl, daß der Knabe gelehrt aus dem Gefängnis kommen würde?

Breslau, 6. Juni. Vor der Strafkammer wurde heute der Ueberführer Luffler von der Anklage, eine unangenehme dete Füllale des hiesigen hiesigen in hiesigen unterhalten zu haben, freigesprochen. Der Anklagebehörde hat die Verurteilung vom hiesigen hiesigen an die Strafkammer nicht genügt, wie nicht anders zu erwarten war.

Neueste Nachrichten.

Der spanisch-amerikanische Krieg. Depeschen aus Haiti berichten das Gerücht von einem Kampfe zwischen drei spanischen und vier amerikanischen Kriegsschiffen an der Nordküste von Haiti.

Liegnitz.

Wähler-Versammlung der Maler, Lackirer etc.

in der Drei-Grünen, Liegnitz, Mittwoch, den 8. Juni, Abends 8 Uhr. Tages-Ordnung: Die kommenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Oscar Schütz-Breslau. Freie Discussion. Das Wahlcomité.

Lobe-Theater.

Ensemble-Gastspiel

unter Leitung von Alfred Bahn und Max Löwe. Dirigent: Herr Gustav Fiedler. „Hans Jordan“.

Fräuleinfrage und Socialdemokratie

Lily Bram-Gizycki. Preis 20 Pfg. Genossen. Auch Klein- und Selbstkosten bei E. Neumann, Neudorf 11. Netto goldenes Singe. Preis 3 Mark. Eigenes Lager-Patent.

Städtischer Arbeits-Nachweis

am Sonntag wurde auf der Varnherzigen Brüder-Kirmes ein Schlosserlehrling bei der Verübung von Taschendiebstählen durch einen Criminalbeamten abgefaßt und verhaftet. Bei dem Verhafteten fanden sich mehrere bereits geleerte Portemonnaies vor. Ferner wurde ein Dienstmädchen verhaftet, welches seiner Herrschaft Kleidungsstücke und Schmuckstücke gestohlen hatte, und eine Schmeigerin, die einem Brauer ein Portemonnaie mit 34,85 M. Inhalt entwendet hatte.

Suchen Sie nach jeder Seite in Kauf-Garderober für Goldarbeiter eine jede Seite in jeder Seite in Goldene 74

74

„Daily Mail“ berichtet aus New York, daß ein großes Geschicht vor und um Santiago stattfindet, welches den letzten ganzen Tag angebauert hat. Die Landung der Amerikaner fand bei Aquator in der Nähe von Santlag statt. Admiral Dewey berichtet, daß die Russische Flotte auf den Philippinen die Spanier in der Nähe von Cavite besiegt. 1800 Soldaten und 50 Offiziere wurden gefangen genommen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 6. Juni.

Eheschließungen. I. Arbeiter August Wolny, ev., Leutherstraße 4, mit Vertha Winkler, kath., Sadomasstraße 49. — Schlosser Emil Weigel, kath., Berlinerstraße 51, mit Martha Schlabig, ev., Kurzege 35. — II. Maschinist Wilhelm Weigner, kath., Friedbergstraße 52, mit Auguste Berger, ev., ebenda. — Schlosser Paul Seib, kath., Klosterstr. 125, mit Clara Galgan, kath., Königgräferstr. 1. — Maier Adolf Gerbatsch, ev., Sedanstraße 17, mit Emma Käfer, ev., Neuborsstraße 61. — Schuhmacher Gustav Sakrent, ev., Hubstraße 104, mit Rosina Jeller, ev., ebenda. — III. Arbeiter Josef Spinde, kath., Lehndamm 44, mit Anna Schupke, kath., Rünnersdorf, Kreis Dels. — Schuhmacher Johann Ritter, kath., Vincenzstraße 11, mit Anna Schubert, geb. Stof, kath., ebenda. — Schuhmacher Franz Schenk, kath., Salzstraße 26, mit Olga Wille, kath., An den Kasernen 7a. — Schiffbauern Franz Wiegner, kath., Humboldtstr. 8, mit Wilhelmine Meyer, kath., ebenda.

Geburten. II. Arbeiter Josef Stengel, kath., S. Drechsler Paul Pohl, ev., S. — Stelmacher August Wagner, kath., S. — Früh-Gifenbahnschaffner Josef Mendel, kath., T. — Arbeiter Josef Markus, kath., S. — Hausbälter Karl Driemel, kath., S. — Schneider Max Pota, ev., S. — Schneider Paul Sulin, kath., S. — Kellereisten Wilhelm Seibel, ev., S. — Cigarrenfortierer Johann Slowig, kath., T. — Tischler Paul Klinger, kath., S. — III. Kutscher August Vegale, ev., S. — Totengräbermeister Josef Wehse, ev., S. — Stelmacher Carl Hillebrand, kath., T. — Erzeuger Rittel, kath., T. — Arbeiter Hermann Hartmann, ev., S. — Hausbälter Carl Mehner, ev., T. — Gärtner Hermann Reichel, kath., T. — Werkmeister Clemens Steller, kath., T. — Chirurgisch-Instrumentenmacher Rudolf Wollschied, ev., S. — Maurer Paul Sander, kath., S. — Gasthofbesitzer Johann Permanska, kath., T. — Hausbälter August Pohl, kath., S. — Tischler Hermann Nagel, ev., T. — Lackirer Friedrich Heinrich, ev., T. — Schuhmacher Robert Bogus, ev., S. — Steuermann Theodor Sperting, kath., S. — Schweizer Johannes Hau, kath., S. — Arbeiter Albert Simbach, ev., T. — Kutscher Carl Pohl, ev., S. — Lackirer Ernst Jwan, kath., T. — Tischler Arthur Wilde, ev., T. — Maurer Alois Schwarzer, kath., S. — Handelsmann Ferdinand Schlicht, kath., S. — Cigarrenarbeiter August Krause, ev., S. — Cigarrenmacher Alfred Langner, ev., T. — Ausschäfer Julius Ernst, ev., S. — Putzarbeiter Heinrich Steinig, ev., T. — Schuhmacher Christian Bartnik, ev., kath., S. — Klempner Maximilian Wich freireitig, S. — Sattler Fritz Mann, ev., S. — Kutscher Traugott Schneider, ev., T. — Bereinbeter Josef Schwarzer, kath., T. — Arbeiter Gustav Weiser, ev., S. — Maurermeister Robert Burghardt, ev., T. — Tischler Paul Rindt, ev., T.

Todesfälle. II. Curt, Sohn des Stelmachers August Somille, 14 T. — Richard, S. des Tischlers Julius Teuber, 2 T. — Mühlenbaurerfrau Karoline Hoffmann, geb. Fiedig, 76 J. — Max, S. des Straßenbahnschaffners Daniel Dju., 3, 11 Mon. — Georg, S. des Postkassens Mag Brandt, 6 Mon. — Tischler Josef Wolf, 59 J. — III. Arthur, Sohn des Arbeiters Wilhelm Böchner, 1 M. — Steinmetz Hermann Schmidt, 21 J. — Arbeiter S. des Klempners Reinhold Heingelmann, 3 Wochen. — Karl, S. des Drochsenbesizers Oscar Almann, 3 Mon. — Arbeiter Di. Langer, 23 J. — Zimmermann Hermann Schwente, 31 J. — Arbeiter Paul Niedergerlach, 49 J. — Instrumentenmachersfrau Emma Härtel, geb. Heimgel, 65 Jahre.

Öffentliche Versammlung

Maler, Lackirer etc.

Donnerstag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr, in Elich's Local, Neumarkt 8. Tages-Ordnung: 1. Die Thätigkeit des Hilfsen-Ausschusses. Referent: Colloge Kreiter. 2. Ergänzungswahl zum Gehilfen-Ausschuss. 3. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschafts-Concil. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen sammtlicher Collegen ist Ehrensach. Per Einberufer. 3561

Genossen!

Anzüge, Paletots, Beinkleider, hies Knaben- und Burschen-Anzüge

Kaufen Sie bei mir ein **Dritttheil** billiger als in Ladengeschäft.

Nur das **Allerneueste und Beste.**

Durch **Ersparnis** der enormen Geschäftspreise bin ich im Stande, mich mit dem kleinsten Nutzen zu begnügen.

Ich bitte daher die **geschätzten Genossen** mich bei Bedarf gütig unterstützen zu wollen.

S. Hurtig, Breslau

Ohlauer-Straße 84, I. Etage

Eingang Ecke Schubbrücke.

Gegründet 1879.